



Zuerst Privatsektor beteiligen und Reformen angehen

Zuerst Privatsektor beteiligen und Reformen angehen
Nicht erst nach der jüngsten Bonitäts-Abwertung durch Standard Poors steht Zypern mit dem Rücken zur Wand. Doch bevor Kredite von der Eurozone ins Land fließen, muss der Privatsektor möglichst umfassend an der Rettung der Banken und des Staates beteiligt werden. Die zyprische Regierung muss außerdem zuerst ein klares Reformversprechen abgeben. Zypern ist vor allem durch zwei Faktoren in eine gefährliche Lage geraten: Erstens hat sich der Bankensektor mit seinem Engagement in Griechenland die Finger verbrannt. Außerdem ist er mit dem rund 7,5-Fachen der Wirtschaftsleistung völlig überdimensioniert - lasche Regulierungen und niedrige Steuern lockten ausländische Investoren. Zweitens hat die zyprische Regierung zu viel Geld ausgegeben und im Staatshaushalt bislang viel zu wenig konsolidiert. Beides darf jetzt nicht ohne weiteres mit Hilfszusagen der europäischen Steuerzahler abgedeckt werden. Zumal die offenbar nötigen Kredite in etwa der Wirtschaftsleistung Zyperns entsprechen und den öffentlichen Schuldenstand mehr als verdoppeln würden. Vielmehr sollten bei den gefährdeten Banken neben den Eigentümern auch die Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten. Die Zufuhr von frischem Kapital müsste indes soweit wie möglich über den Markt erfolgen. Die Verluste, die mit einem entsprechenden Vorgehen drohen, wären begrenzt und sollten für in Zypern engagierte internationale Banken tragbar sein. Angesichts der fragilen Lage ist es zudem nicht ratsam, dass der Rettungsschirm ESM den zyprischen Banken direkt hilft und so hohe Ausfallrisiken eingeht. Für die Rückzahlung der Hilfen müsste stattdessen der Staat gerade stehen. Damit droht seine Überschuldung und später ein Schuldenschnitt zulasten der europäischen Steuerzahler. Um dieses Risiko zu verringern, sollte vor einer Hilfszahlung auch bei den Staatsschulden erwogen werden, den Privatsektor zu beteiligen. Die Politik zögert bislang bei solchen Vorschlägen - aus verständlichem Grund: Sie hat Griechenland zum Sonderfall erklärt und sorgte sich berechtigter Weise um Ansteckungseffekte. Tatsächlich ist aber auch Zypern ein klarer Sonderfall, der nach außergewöhnlichen Lösungen verlangt - denn die Lage ist viel schlimmer als etwa in Spanien oder Italien.
Jürgen Matthes
Telefon: 0221 4981-754


Pressekontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)

50968 Köln

Firmenkontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)

50968 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position. Es ist unser Auftrag, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit zu festigen und zu verbessern. Wir analysieren Fakten, zeigen Trends, ergründen Zusammenhänge über die wir die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise informieren. Wir forschen nicht im Elfenbeinturm: Unsere Erkenntnisse sollen Diskussionen anstoßen. Unsere Ergebnisse helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwerfen wir für die deutsche Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordern und fördern deren Umsetzung.